

INFODIENST

Föderalismusreform- Beamtinnen und Beamte sind Bauernopfer

In dieser Ausgabe:

| | |
|-------------------------|---|
| Auf nach Oschatz | 2 |
| Ein Solo für die Leiter | 2 |
| Gutscheine | 2 |
| Genial daneben | 3 |
| Ordnungsamt | 3 |
| Richter/innen gesucht | 3 |
| Gesundheitsämter | 4 |

Themen in dieser Ausgabe:

- Etwas für Körper und Seele
- Recht und Ordnung- tun Sie was dafür
- Neuer Name
- Gesundheitsämter

Bundestag und Bundesrat haben mit der erforderlichen Mehrheit die größte Verfassungsänderung in der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Bei der Entflechtung von Bundes- und Landesinteressen bleiben die der Beamtinnen und Beamten auf der Strecke. Zu den neuen Kompetenzen der Länder gehört auch die alleinige Zuständigkeit für das Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrecht der Beamtinnen und Beamten in den Ländern und Kommunen. Der Bund soll neben der verbleibenden Zuständigkeit für die Rechtsverhältnisse der Bundesbeschäftigten nur

noch wenige statusrechtliche Regelungen treffen. Der Entwurf des Gesetzes zur Neuordnung der einheitlichen Grundlagen der Beamtinnen und Beamten in den Ländern liegt uns vor und kann per Mail zugesendet werden. Mailen Sie uns den Wunsch unter dvj.berlin@gmx.de zu. Die Kompetenz des Bundes zum Erlass des Beamtenrechtsrahmengesetzes ist entfallen. Es bleibt allerdings für eine Übergangszeit bis Ende des Jahres 2011 als Bundesrecht bestehen, um den Ländern genügend Zeit zu geben, eigene Beamtengesetze zu normieren. Wie das Land Berlin diese Spielräume

nutzen wird, bleibt abzuwarten. Aufgrund der prekären Haushaltslage dürfte bei Besoldung und Versorgung mit weiteren Verschlechterungen zu rechnen sein. Allein die Freiheit beim Laufbahnrecht, die starren Grenzen zu überwinden, kann positive Entwicklungen befördern, es sei denn, es werden nur die politischen Lieblinge gefördert. Auch die Stellenobergrenzenverordnung, Hinderungsgrund in den Berliner Bezirken Dienstposten sachgerecht zu bewerten, dürfte unbeachtlich werden. Ebenso positiv bewertet wird der Umstand, dass der Beamtenartikel im Grundgesetz verblieben ist.

Spartentarifvertrag BVG- Berufung eingelegt

In der 28. Kalenderwoche reichte unsere Anwältin auftragsgemäß Berufung gegen die beiden Urteile des Arbeitsgerichtes Berlin ein. Wie bereits berichtet, hat die erstgerichtliche Instanz, unser Begehren, bei der BVG auch weiterhin das Tarifrecht des

öffentlichen Dienstes anzuwenden, abgelehnt. Wir sind überzeugt, dass sich das Landesarbeitsgericht ernsthafte und sorgfältiger mit unserem Anliegen beschäftigt. Fast ein Jahr nach Inkrafttreten des Spartentarifvertrages

werden seine Mängel immer offensichtlicher. Hier rächt sich die ideologische Verblendung der Tarifvertragsparteien, über die Bedürfnisse der Beschäftigten hinweg, den Vertrag durchgepeitscht zu haben.

Gewerkschaftsausflug am 3.9.06



Wir fahren 3.9.06, 6.30 Uhr ab Berlin- Zoo zur Landesgartenschau nach Oschatz. Treffpunkt ist 6.20 Uhr auf dem Bhf. Der Zug fährt nach Chemnitz. Die

Rückfahrt endet um 21.17 Uhr auf Berlin- Ostbf. Unter dem Motto „Hier blüht Sachsen“ besichtigen wir die Landesgartenschau. Mitten drin: Die

Döllnitzbahn. Der „Wilde Robert“ bringt uns von Oschatz zur Gartenschau. Für die Fahrt von Berlin, Dampfzugfahrt ab Oschatz und Eintritt zur Gartenschau entstehen Kosten von 15 €/ Person. Dieser Preis gilt nur für Mitglieder und eine Begleitperson. Wenn Sie teilnehmen wollen: Sie rufen mich bis zum 18.8.06 an, Tel. 2318 7174. Ich bestätige Ihnen die Teilnahme und dann überweisen Sie den Teilnahmebeitrag bis zum 28.8.06 auf das Konto 1772026001, Klaus- D. Schmitt, Berliner Volksbank, BLZ 10090000.

Power! Percussion „Rhythmus. Pur 1.- 20.8.06 im TIPI

Rhythmus. Pur. Schon mal ein Solo für Aluleiter gehört? Pure Spielfreude trom-



melt Ihnen entgegen, wenn Power! Percussion ihre Hände, ihre Körper und ihre Instrumente in rhythmische Energie verwandeln. Was dabei herauskommt, ist eine Symphonie aus geballter Kraft. Unter dem Stichwort „Verwaltungsgewerkschaft“ erhalten Sie für die

Vorstellungen Dienstag bis Donnerstag einen Rabatt von 50% auf die Karten der Preisgruppe 2, 12,50 € (statt 25 €). Bitte buchen Sie unter der Tickethotline (0180) 3279358. Die Adresse:

TIPI das Zelt am Kanzleramt, Große Querallee, 10557 Berlin.

**Etwas für Körper
und Seele**

**Das Leben besteht
nicht nur aus Arbeit**

Nach Brandenburg oder ins Restaurant

Sie planen in der nächsten Zeit einen Ausflug nach Brandenburg? Wenn Sie die historischen Stadtkerne besichtigen, haben wir etwas für Sie. Sie können sich bei uns ein Gutscheinbuch über jeweils ein Wochenende ausleihen. Damit erhalten Sie in mehr als zwei Dutzend Städten Rabatte auf Schiffsfahrten, Museumsbesuchen,

Restaurantverzehr usw. Rufen Sie an, wenn Sie einen Ausflug machen.

Wir haben für Sie für das Restaurant „Oscar“ in der Brandenburgischen Str. in Wilmersdorf einen Restaurantgutschein. Wenn Sie dort zu zweit Essen gehen, erhalten Sie ein Hauptgericht gratis. Wenn

Sie den Gutschein haben wollen, so rufen Sie uns an. Mit etwas Glück sind Sie der/die erste Anrufer/in. Nach dem Restaurantbesuch erwarten wir von Ihnen eine Kurzkritik. Tel. 2318 7174



Genial daneben

Einem Schreiben von Vorgesetzten zur Belastung ihrer Mitarbeiter/innen entnommen: „...Wir verkennen im Übrigen nicht, dass es auch im... Mitarbeiter/innen gibt, die unter den besonderen Schutz des Beamtenrechts fallen, doch treten die o. g. Erkrankungen auch bei Mitarbeiter/innen auf, die sich bislang durch eine hohe Arbeitsmoral und Engagement in ihrem Aufgabengebiet ausgezeichnet haben...“

Während der großen Hitze

erreichte uns der Anruf einer verzweifelten Kollegin: Trotz Sonnenschutz sind in ihrem Büro weit über 30 Grad. Dann gibt es noch ein Verbot zur Öffnung der Fenster. Ebenso darf kein Ventilator aufgestellt werden.

Aufgrund der Sparvorgaben von Tilo werden jetzt auch die Geschäftszimmer personell ausgedünnt. Dabei zeigt sich, dass viele eigentlich Vorzimmer sind, die die Wichtigkeit des Chefs

dokumentieren. Anders ist es nicht erklärbar, dass bei Ausfall des Personals, andere hochbezahlte Mitarbeiter/innen den Job machen müssen.

Es macht sich doch besser, wenn man jemanden hat, der einem die Telefonate herstellt. Ganz unbestätigten Gerüchten zufolge überlegt der Arbeitgeber, den männlichen Kollegen eine Geschlechtsumwandlung aufzuerlegen. Hinderungsgrund für den Vollzug soll sein, ob dies durch das Direktionsrecht angeordnet werden kann.

Ordnungsamt

Die Mitarbeiter/innen des allgemeinen Ordnungsdienstes werden Berlinweit von der Vgr. VII in die Vgr. VIb BAT eingruppiert. Wir begrüßen die Höhergruppierung, stellt sie doch auch eine Anerkennung für diese bei Wind und Wetter zu leistende schwierige Tätigkeit. Leider

wird aber nur ein Schritt gegangen. Uns liegt ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts zu dieser Thematik vor. Danach geht das Urteil von einer Eingruppierung nach Vc aus. Ein Vergleich der Aufgabenmerkmale sieht keine Unterschiede zu denen in Berlin vor. Wir werden die weitere Entwicklung

beobachten und prüfen, ob in einem Musterverfahren die höhere Wertigkeit Erstritten werden kann.



**Recht und
Ordnung- tun Sie
was dafür**

Ehrenamtliche Richter/innen gesucht

Zum 1.10.06 sind ehrenamtliche Richter/innen für die Fachkammern/ den Fachsenat für Personalvertretungssachen bei den Berliner Verwaltungsgerichten zu benennen. Über die gewerkschaftsunabhängigen Listen „jetzt reicht’s“ können 4 Angestellte und ein/e Beamt/er/in zum Verwaltungsgericht und

jeweils ein/e Angestellte/r und ein/e Beamt/in/er zum Oberverwaltungsgericht entsendet werden. Es kommen nur Beschäftigte des Landes Berlin in Betracht, die auch zum Personalrat wählbar sind, keine Arbeitgeberfunktion inne haben und mindestens 25 (VG) bzw. 30 (OVG) alt sind. Dienstkräfte, die als ehrenamtliche Richter/in des

Fachsenats vorgeschlagen werden, sollten mindestens 5 Jahre in einer Fachkammer für PersVG tätig gewesen sein. Unserem Anspruch folgend, machen wir diesen Aufruf in der Berliner Verwaltung öffentlich. Interessenten/innen melden sich bitte bis zum **25.7.06** bei uns. Nähere Infos erhalten Sie tel. 2318 7174
Klaus- D. Schmitt

Postfach 200739
13517 Berlin

DIE VERWALTUNGS GEWERKSCHAFT e.V.
Amtsgericht Charlottenburg
Vereinsregister Nr. 18712 Nz
Finanzamt für Körperschaften Berlin
Steuernummer 27/ 624/ 50228

Telefon: (030) 2318 7174
Mo bis Mi 7.00 bis 17.00 Uhr,
Do 7.00 bis 19.00 Uhr und Fr 7.00 bis 15.00 Uhr
Fax: (030) 3510 2789

Sie finden uns auch im Web:
GewerkschaftVerwaltungundVerkehr

Bankverbindung

Konto 635918105, Postbank
Berlin, BLZ 100 100 10

Name des Kontos:

DIE NEUE GEWERKSCHAFT

Liebe Kollegin, lieber Kollege,

Der Umbau der Gewerkschaft ist abgeschlossen. Aus „DIE VERWALTUNGS GEWERKSCHAFT“ wird „Gewerkschaft Verwaltung und Verkehr“. Die Namensänderung dokumentiert unseren Zuständigkeitsbereich und unsere Unabhängigkeit von Dachverbänden. Wir werden auch weiterhin Ihre Interessen unabhängig von so genannten übergeordneten Dingen vertreten.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus- D. Schmitt

Zerschlagung bezirklicher Gesundheitsämter

Das mit heißer Nadel gestrickte Gesundheitsdienstgesetz sieht eine Verlagerung bezirklicher Aufgaben in 4 Berliner Regionalzentren vor. Dabei ist völlig unklar, wie und ob ein

Personaltransfers erfolgt. Der Hauptpersonalrat beschäftigte sich mit der Thematik und fordert die Gesundheitssenatorin auf, Vorschläge zu entwickeln und damit der Verunsicherung der Kolleginnen und Kollegen, die ihre Arbeit in der Vergangenheit hervorragend erledigten, entgegen zu treten. Optimal wäre der Abschluss einer

Dienstvereinbarung. Damit könnte es eine abgestimmte, transparente und den Interessen der betroffenen Koll. berücksichtigende Regelung geben. Das jetzt eingeschlagene Vorgehen widerspricht jedoch der immer wieder vom Senat zugesicherten Erklärung, die Beschäftigten an den Veränderungsprozessen aktiv zu beteiligen.

Grundlage für die Umstrukturierungen sind nämlich nicht schlechte Aufgabenerfüllung, sondern ausschließlich Sparvorgaben. Der Service für die Bürger/innen wird sich unserer Einschätzung

zu folge durch fehlende Standortnähe verschlechtern. Unabhängig von den gesetzlichen Vorgaben versuchen im Vorfeld des Wahlkampfes Bezirkspolitiker weiteres Kapital herauszuschlagen. So sollen Fachbereiche verschmolzen werden, die überhaupt nichts miteinander zu tun haben. Das wäre so, als ob man zwei Parteien in der BVV auffordert, ihre Fraktionen zusammenzulegen, um einen Fraktionsvorsitzenden einzusparen.

